Erläuterungen zur Tagesordnung:

Zu TOP 3: Terminplan und Beteiligung zum kommunalen Kinder- und Jugendförderplan

Der Jugendhilfeausschuss hat in seiner Sitzung am 28.06.2012 auf Empfehlung des Unterausschusses beschlossen, den nächsten Kinder- und Jugendförderplan unter aktiver Beteiligung der Akteure der Kinder- und Jugendarbeit vorzubereiten.

Die Verwaltung wird daher in Kooperation mit dem Stadtjugendring zu den inhaltlichen Schwerpunkten des Förderplanes die jeweils zu beteiligenden Akteure aus der Jugendarbeit einladen und die Beratungsergebnisse dokumentieren.

Beteiligte aus diesen Vorberatungen werden dann zur Sitzung des Unterausschusses „Jugendhilfeplanung, Jugendarbeit und Kindertagesstätten“ eingeladen, in der die jeweilige Thematik beraten wird.

Die Verwaltung schlägt folgende Themen- und Zeitplanung vor:

2012

- Richtlinien –erste Lesung
- Jugendarbeit und Schule

2013

- Jugendschutz
- Jugendsozialarbeit
- Jugendverbandsarbeit
- Richtlinien der Jugendarbeit

2014

- Konzepte offene Jugendarbeit
- Ergebnisse der Jugendbefragung
- Strukturförderung (Betriebskosten, JFD Stadtjugendring etc.)
- Beschlussfassung im Jugendhilfeausschuss

Im Schwerpunkt der Beratung stehen die vier Handlungsfelder Jugendverbandsarbeit, Offene Jugendarbeit, Jugendschutz und Jugendsozialarbeit, in deren Kontext die im Förderplan genannten Querschnittsaufgaben und Themenfelder beraten werden sollen.

In der zweiten Jahreshälfte 2013 soll wieder eine Jugendbefragung durchgeführt werden, die dann im Vergleich mit der ersten Befragung auch Informationen über Veränderungen und neue Entwicklungen geben wird.

Die Querschnittsaufgabe „Jugendarbeit und Schule“ soll wegen der aktuellen Entwicklung der Schullandschaft und ihren Auswirkungen auf den gesamten Bereich der Kinder- und Jugendarbeit als eigenständiges Thema behandelt werden.

Auch die Richtlinien der Jugendarbeit sollen in der zweiten Jahreshälfte 2013 abschließend beraten werden, sodass sie zum 1.1.2014 in Kraft treten können.

Zur Beratung der noch in diesem Jahr vorgesehenen Thematik „Jugendarbeit und Schule“ wird vorgeschlagen, folgende Akteure einzuladen:

- Vertreter der Schulleiterkonferenz
- Schulsozialarbeit
- Offene Jugendarbeit
- Schulbetreuung
- Sport
- Jugendverbände

4. Richtlinien der Jugendarbeit

Die aktuellen „Richtlinien zur Förderung freier, gemeinnütziger Träger der Jugendarbeit“ sind im Jahr 2003 in der jetzt vorliegenden Fassung beschlossen worden.

Seit diesem Zeitpunkt haben sich viele Rahmenbedingungen verändert, die eine Anpassung an die aktuellen Entwicklungen sinnvoll machen.

Aus der Sicht der Verwaltung sollte die Umstrukturierung in ihren Auswirkungen zumindest kostenneutral sein und falls möglich auch Einsparungen ermöglichen.

Im Folgenden werden hier die Fragestellungen zu einzelnen Förderpositionen skizziert, die sich aus der praktischen Anwendung und aus den Rückmeldungen der Vereine und Jugendorganisationen ergeben haben.

Sie dienen hier zunächst der Information und sollen in die Beratungen mit den Beteiligten einfließen.

Zu den Förderpositionen:

- **Fahrten und Zeltlager**

Die Förderposition „Fahrten und Zeltlager“ ist mit rund 70 Anträgen pro Jahr die am meisten beantragte Unterstützung.

Als Anlage ist eine Übersicht über Ferienfreizeiten 2012 mit dem Stand August beigefügt. Es wird deutlich, in welchem Umfang Freizeiten von den Vereinen und Jugendorganisationen angeboten werden. Am 12. September hat wieder ein Nachbereitungstreffen in Kooperation mit dem Stadtjugendring stattgefunden, zu dem die Anbieter der großen Ferienlager eingeladen waren. Dabei wurden folgende Aspekte vorgetragen:

Die Grundförderung mit einem Betrag von 2,50 € pro Tag und Teilnehmer wird weiterhin für notwendig erachtet, da die Kosten für Infrastruktur (Schützenhallen, Zeltplätze etc.) insbesondere die Nebenkosten stetig steigen.

Die zusätzlichen Förderungsmöglichkeiten für Wohngeldempfänger und Bezieher von Hartz-IV-Empfänger werden weiterhin trotz der Hinweise auf die Unterstützungsmöglichkeiten kaum in Anspruch genommen.

Deutlich zugenommen hat dagegen die Inanspruchnahme von Bildungsgutscheinen.

- **Internationaler Jugendaustausch**

Diese Förderposition wird aktuell nur noch vom Verein Städtepartnerschaften in Anspruch genommen. Bei der Neufassung der Richtlinien 2003 geschah die Reduzierung der Förderung mit dem Hinweis auf die Fördermöglichkeiten des Programms „Jugend für Europa“.

Die Praxis hat jedoch gezeigt, dass die Fördervoraussetzungen von den Jugendverbänden und -organisationen faktisch nicht zu erfüllen sind. So werden beispielsweise keine bilateralen Austauschmaßnahmen gefördert. Zudem ist der Antragsaufwand selbst von erfahrenen Ehrenamtlichen kaum zu bewältigen.

Denkbar wäre hier eine lokale Projektförderung, für die Mittel aus dem Budget umgeschichtet werden müssten.

- **Stadtranderholung**

Die Stadtranderholungsmaßnahmen werden in gleichem Umfang wie Fahrten und Zeltlager gefördert. Da hier lokale Infrastruktur genutzt werden kann, spielen Infrastrukturkosten keine entscheidende Rolle. Auch hier werden zunehmend Bildungsgutscheine eingesetzt.

- **Kinderferienparadies**

Die Angebote der Ferienaktionen haben weiterhin steigende Tendenz, sowohl hinsichtlich der Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer, als auch der mitwirkenden Vereine. Über das künftige Förderverfahren wird es Ende 2012 im Zuge der Nachbereitung der Ferienaktionen 2012 ausführliche Beratungen geben.

- **Schulung von Jugendleiter(innen), Helfer(innen) sowie ehrenamtlichen Mitarbeiter(innen) in der Jugendarbeit**

In der Schulungslandschaft zeigt sich in Rheine ein breites Feld. Es reicht von selbst organisierten Schulungen über überregionale Schulungen auf Verbandsebene bis zu Angeboten von eigenständigen Bildungsstätten. Auch der Stadtjugendring bietet auf Anfrage Schulungen für Gruppenleiterinnen und Gruppenleiter an.

Als problematisch wird von vielen Ehrenamtlichen gesehen, dass der Zeitaufwand, der beispielsweise für eine vollständige Juleica-Schulung notwendig ist, von ihnen kaum noch zu leisten ist. Aktuell wird das Thema „Kinderschutz“ als neues Thema wiederum zusätzlich zu behandeln sein. Die Fördersätze liegen auf dem Niveau der anderen Jugendämter im Kreisgebiet und sollten beibehalten werden. Wenn zusätzlicher Zeitaufwand auch noch zu höheren Teilnehmerbeiträgen führte, werde es für Ehrenamtliche grenzwertig.

- **Veranstaltungen**

Nach dieser Richtlinie werden Veranstaltungen von Trägern der Jugendarbeit gefördert, die über den Rahmen der normalen Angebote hinausgehen. Beispiele sind Open-Air-Konzerte, Veranstaltungen zum Weltkindertag, besondere Angebote zu Vereinsjubiläen etc.

- **Erwerb, Bau und Ausstattung von Einrichtungen der Jugendarbeit**

Diese Richtlinie fasst drei unterschiedliche Positionen zusammen:

Die Anteilsfinanzierung (50%) für die Anschaffung von Geräten für die Jugendarbeit.

Die Anteilsfinanzierung (50%) für die Anschaffung von Einrichtungsgegenständen (Möbel etc.).

Die Anteilsfinanzierung für Renovierungen mit einem Volumen über 10.000 € oder Baumaßnahmen an oder für neue Einrichtungen der Jugendarbeit.

Für die beiden ersten Positionen stehen Mittel im Budget zur Verfügung, für Baumaßnahmen werden die Mittel im Zuge der Haushaltsplanberatungen im Einzelfall bereit gestellt.

Im Vergleich mit anderen Jugendämtern liegen sowohl der Fördersatz, als auch die maximale Zuschusshöhe mit 1.250 € pro Jahr und Träger über dem Durchschnitt.

- **Betriebskosten**

Mit dieser Position werden die Betriebskosten der Jugendheime in der Trägerschaft der evangelischen und katholischen Kirchen gefördert. Die Aufteilung erfolgt nach der für die Kinder- und Jugendarbeit genutzten Fläche.

In dieser Position nicht enthalten sind die Betriebskostenzuschüsse für die dezentrale offene Jugendarbeit, die für die Flächen der offenen Jugendarbeit gewährt werden.

- **Förderung der Sachkosten in anerkannten Einrichtungen der Jugendhilfe**

Diese Position wurde 2003 in die Richtlinien aufgenommen, um die Sachkosten der Jugendräume von 5 Sportvereinen und des Heimatvereins Hauenhorst weiter zu fördern. Diese Träger können seither maximal 640,00 € pro Jahr für Sachkosten ihrer Einrichtung erhalten.

- **Weitere Themen für die Richtliniendiskussion**

1. Förderung von Initiativen

Nach den geltenden Richtlinien gibt es über die Förderung einzelner Veranstaltungen hinaus keine Möglichkeit der strukturellen Förderung von Initiativen in der Jugendarbeit. Grundsätzlich ist eine Förderung möglich, wenn der Träger die Voraussetzungen des § 74 Abs. 1 SBG VIII erfüllt, aber nicht über die Anerkennung nach § 75 verfügt. Die Förderrichtlinien ermöglichen keinen Spielraum für eine auf die besonderen Bedarfe einer Initiative abgestimmte Förderung.

2. Kinderschutz

Auch die Aufträge der Jugendhilfe zum Kinderschutz sind in die Richtlinien zu integrieren, um bei allen geförderten Maßnahmen Standards zum Beispiel für Betreuerinnen und Betreuer in Ferienmaßnahmen vorgeben zu können.

3. Förderung von Betriebskosten

Eine weitere zu klärende Fragestellung ist die Förderung von Betriebskosten im Verhältnis zur Unterstützung von Aktivitäten. Auf der einen Seite muss es Interesse der Stadt sein, in erster Linie Angebote der Jugendarbeit zu fördern. Andererseits stellen die freien Träger in erheblichem Umfang Infrastruktur bereit, ohne die Jugendarbeit keinen Raum hätte.

4. Modifizierung von Einzelpositionen

Die Verwaltung wird nach den Gesprächen mit den Trägern der freien Jugendarbeit konkrete Vorschläge für Veränderungen in einzelnen Förderpositionen zur Beratung vorlegen.

Die genannten Themen werden in Kooperation mit dem Stadtjugendring in den Gesprächen mit den Experten aus den jeweiligen Bereichen der Jugendarbeit bearbeitet und für die abschließende Beratung im Unterausschuss vorbereitet. Die Ausschussmitglieder werden in den folgenden Sitzungen jeweils über aktuelle Zwischenergebnisse informiert.

5. Umsetzung Kinderschutz in der Jugendarbeit

Der Jugendhilfeausschuss wird in seiner Sitzung am 27.09.2012 über die Auswirkungen des Bundeskinderschutzgesetzes beraten.

Für den Bereich der Kinder- und Jugendarbeit wird es darum gehen, gemeinsam mit den Trägern der freien Jugendarbeit die Angebote der Vereine auf mögliche Gefährdungssituationen zu überprüfen um zu vereinbaren, für welchen Personenkreis ein erweitertes polizeiliches Führungszeugnisse unerlässlich ist.

Wichtiges Ziel der Vereinbarungen wird es ein, den Vereinen und Verbänden die notwendige Unterstützung zu geben, in eigener Verantwortung Gefährdungssituationen zu erkennen und die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen und größtmögliche Rechtssicherheit zu erlangen.

§ 72a (4) BKiSchG lautet:

„Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe sollen durch Vereinbarungen mit den Trägern der freien Jugendhilfe sowie mit Vereinen im Sinne des § 54 sicherstellen, dass unter deren Verantwortung keine neben- oder ehrenamtlich tätige Person, die wegen einer Straftat nach Absatz 1 Satz 1 rechtskräftig verurteilt worden ist, in Wahrnehmung von Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe Kinder oder Jugendliche beaufsichtigt, betreut, erzieht oder ausbildet oder einen vergleichbaren Kontakt hat. Hierzu sollen die Träger der öffentlichen Jugendhilfe mit den Trägern der freien Jugendhilfe Vereinbarungen über die Tätigkeiten schließen, die von den in Satz 1 genannten Personen auf Grund von Art, Intensität und Dauer des Kontakts dieser Personen mit Kindern und Jugendlichen nur nach Einsichtnahme in das Führungszeugnis nach Absatz 1 Satz 2 wahrgenommen werden dürfen.“

Es wird daher in den Gesprächen mit den Trägern der freien Jugendarbeit darum gehen, welche konkreten Situationen nach

- Art
- Intensität
- Dauer des Kontakts

eine Gefährdungssituation darstellen, für die dem Träger ein erweitertes Führungszeugnis vorzulegen ist.

Die Verwaltung schlägt vor, die Aktivitäten insbesondere auf folgende Kriterien hin zu prüfen:

- Veranstaltungen mit Übernachtung
- Persönliche Kontakte und Beziehungen zwischen Betreuern und Kindern und Jugendlichen über einen langen Zeitraum.
- Abhängigkeit in hierarchischen Strukturen
- Regelmäßige wiederkehrende Kontakte
- Besondere Betreuungssituationen im Sport

Die Verwaltung wird die Vereine zunächst über die neue Rechtslage zu diesem Thema ausführlich informieren, um sie für die Problematik zu sensibilisieren.

Als nächster Schritt sollen die Trägerorganisationen beteiligt werden, die ihre Vorschläge für die praktische Umsetzung einbringen können.

Auf der Basis der vorbereitenden Gespräche wird die Verwaltung eine Vorlage für den Jugendhilfeausschuss fertigen, mit der die Umsetzung für seinen Zuständigkeitsbereich beschlossen wird.

Der Beschluss wird in dann durch Vereinbarungen mit den Trägern der freien Jugendhilfe und durch Bescheiderteilung bei Maßnahmenförderungen umgesetzt.